

Stellungnahme zum Antrag	122/2006
--------------------------	----------

Landeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister
GZ: OB2018-00

Stuttgart, 28.07.2006

Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen Küstler Ulrike (DIE LINKE.PDS), DIE LINKE.PDS im Stuttgarter Gemeinderat
Datum 18.04.2006
Betreff Schulische Förderangebote kostenlos

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Der Unterricht an den öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg steht allen Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung. Die von den Schule darüber hinaus angebotenen Förder- und AG-Angebote, durchgeführt von Lehrkräften der Schulen, sind ebenfalls kostenfrei. Die Teilnahme ist freiwillig.

Das Angebot außerschulischer Bildung und Betreuung richtet sich insbesondere an die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 und 6 der weiterführenden Schulen und wird gemäß den Vorgaben des Gemeinderates, entsprechen allen anderen Betreuungsangeboten, wie Kindergarten, Hort und Verlässliche Grundschule, für 0,63 die Stunde und den festgelegten Ermäßigungen angeboten.

Eine gestaffelte Entgeltermäßigung bei weiteren im Haushalt lebenden Kindern unter 18 Jahren, sowie der Entgelterlass für Eltern/Erziehungsberechtigte, die für sich und ihr Kind/ihre Kinder Hilfe zum Lebensunterhalt nach §§ 27 ff SGB XII oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Arbeitslosengeld II) nach §§ 19 ff SGB II erhalten, soweit sie keinen Zuschlag nach § 24 SGB II erhalten, schaffen die Voraussetzung, dass alle interessierten Eltern und Alleinerziehenden ihren Kindern die Teilnahme an diesen Angeboten ermöglichen können.

Mit diesem Angebot wird ein weiteres wichtiges Element in das umfassende Netz an familienunterstützenden Angeboten eingefügt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in stuttgart verbessert.

Dr. Wolfgang Schuster

Verteiler
Referat SJG
Referat KBS
Referat WFB

- je besonders zur Mitzeichnung –

Der Antrag Nr. **123/2006 – Gebührenfreiheit für außerschulische Angebote** – von Ulrike Küstler (DIE LINKE.PDS) und DIE LINKE.PDS im Stuttgarter Gemeinderat wird mit dieser Stellungnahme ebenfalls beantwortet.